

VOLKSBEWEGUNGEN

"Washington gehört den Banken, Mann!"

Die Bewegungen von Occupy Wall Street und der Tea Party wollen im Grunde das Gleiche – nur anders.

VON Marcia Pally | 22. Dezember 2011 - 07:00 Uhr

© Emmanuel Dunand/AFP/Getty Images



Ein Occupy-Aktivist im November 2011 in New York

Die Occupy-Wall-Street-Bewegung (OWS) wird gern als das spiegelbildliche Gegenteil der Tea Party (TP) gesehen. Alles Quatsch! Die Gemeinsamkeiten zwischen ihnen sind viel größer als die Unterschiede. Beides sind Graswurzelbewegungen, in denen unterschiedlichste Positionen vertreten werden. In beiden findet sich ein Anteil politischer Irrer. Beide empören sich über dieselben Missstände: die Verbindung von *Big Business* und Regierung. Seit OWS aus den Parks und von den öffentlichen Plätzen verdrängt worden ist, ähnelt sie der TP noch stärker, denn jetzt muss sie ebenfalls feste Strukturen aufbauen, um Millionen von Menschen beteiligen zu können und politischen Einfluss zu gewinnen.

Wären die beiden Kumpel, die bei einem Feierabendbier zusammensitzen, könnte folgendes Gespräch dabei herauskommen:

OWS: Die Arbeitslosigkeit liegt jetzt schon bei 9 Prozent! Was wird aus unserem Amerikanischen Traum?

TP: Amen! Ich habe meinen Kindern mühsam das Studium finanziert, und nun sind sogar von den Hochschulabsolventen 9,6 Prozent arbeitslos.

MARCIA PALLY

lehrt in New York Kulturwissenschaften. Zuletzt erschien von ihr *Die Neuen Evangelikalen in den USA: Freiheitsgewinne durch fromme Politik.*

OWS: So ist es, Kumpel. 2008 verfügte 1 Prozent aller Haushalte über 23,5 Prozent des Einkommens. Das ist mehr als doppelt so viel wie 1970. Wir sind die anderen 99 Prozent ! Die Unternehmensgewinne im Verhältnis zur Gesamtwirtschaft sind die höchsten seit 1950, aber die Einkommen der Arbeitnehmer liegen so niedrig wie nie in den vergangenen Jahrzehnten!

TP: Richtig! Bush und Obama haben die Banken herausgehauen. Die machen jetzt wieder die schönsten Profite – und wir anderen verlieren unsere Jobs.

OWS: Ja, Mann. Washington gehört den Banken.

TP: Aber hallo! Zwischen 1990 und 2010 haben Finanzdienstleister und Immobilienbranche 2,3 Milliarden Dollar für Wahlkämpfe gespendet – mehr als die Gesundheitsbranche, die Energiewirtschaft, die Waffenindustrie, die Landwirtschaft und die Transportunternehmen zusammen. Ich sag's dir: Die gehören aus der Stadt getrieben!

OWS: Absolut, mein Freund. Die Kaufkraft der Mittelschichten stagniert seit den achtziger Jahren. Dass du's überhaupt geschafft hast, deine Kinder durchs Studium zu bringen...

So weit die Gemeinsamkeiten. Was sich unterscheidet, sind die Kulturen des Protests und die Lösungsvorstellungen. Bei der TP geht man den Problemen an ordentlich gedeckten Küchentischen auf den Grund, während man in der OWS die Köpfe auf vermatschten Zeltplätzen zusammensteckt. Das erinnert die TP an die sechziger Jahre. Damals schienen die strubbeligen und selbstverliebten Hippies aus kulturkonservativer Sicht jenen unternehmerischen Geist der harten Arbeit zu untergraben, der – und hier stimmen beide Gruppen überein – heute wieder zum Zuge kommen sollte. Dumm nur, dass keine Gruppe es der anderen abnimmt, ihr sei es damit wirklich ernst.

Was Lösungen angeht, setzt die OWS auf den Staat, die einzige Institution, die stark genug sei, die Banken zu bändigen. Dagegen sieht die TP im Staat selbst das Problem: Er nehme dem kleinen Mann mit Steuern und Regeln die Luft zum Atmen, worunter die gesamte Wirtschaft leide.

Mit diesem Disput setzen OWS und TP eine traditionelle amerikanische Auseinandersetzung fort. Auf der einen Seite steht ein Lokalismus in der Tradition Thomas Jeffersons. Hier herrscht die Vision einer kleinen Zentralregierung und einer starken Zivilgesellschaft. Auf der anderen Seite steht die Vorstellung der Föderalisten von einem starken Staat.

Tatsächlich vollzog sich die Entwicklung der USA in einer Mischung aus bundesstaatlicher Einmischung und zivilgesellschaftlich gegründetem Unternehmertum. Doch Amerikas Selbstbild ist einseitig geprägt vom Jeffersonschen Ideal der Staatsfreiheit. Die Geburt der amerikanischen Nation geht zurück auf die Revolte gegen die Londoner Zentralregierung sowie den zupackenden Pioniergeist der noch nicht staatlich reglementierten Grenzregionen. Noch heute betrachten wir Amerikaner den Staat mit Argwohn. Der kleinste gemeinsame Nenner der amerikanischen Gesellschaft bleibt deshalb das Bekenntnis zu *small government*.

Wenn also die TP Forderungen aufstellt, von denen vor allem das Großkapital profitiert – etwa niedrige Steuern und die Deregulierung der Märkte –, dann tut sie das im Namen demokratischer Prinzipien: dass Chancen den Menschen unabhängig von ihrer Klassenzugehörigkeit zufliegen und dass das Volk die Nation ohne staatliches Eingreifen aus eigener Kraft aufzubauen verstehe. Sie hält das Vertrauen der OWS in den Staat für naiv: Seht doch, der Staat hat die Banken gerettet, und dann hat er sie erneut Rekordgewinne machen lassen, während die einfachen Leute in die Röhre guckten. Vertreibt den Staat aus der Stadt!

Wenn wiederum die OWS die Regulierung der Märkte durch einen handlungsmächtigen Staat verlangt, dann tut sie dies ebenfalls im Namen demokratischer Prinzipien: weil nämlich eine vom Volk gewählte Regierung für das Volk arbeiten müsse. Sie hält die TP für naiv, weil sie die Auswirkungen politischer Maßnahmen auf die verschiedenen Schichten ignoriere und dem Großkapital Vertrauen schenke. Seht doch, was passiert, wenn man die Wirtschaft dereguliert: die Zusammenbrüche von 1929 und 2008. Vertreibt das Big Business aus der Stadt!

Und so kommt es zwischen den Kumpeln OWS und TP zum Streit:

TP: Ihr wollt den Einfluss des Geldes auf die Politik zurückfahren? Dann fahrt den Einfluss des Staates auf die Wirtschaft zurück! Wo Steuern gesenkt werden, schrumpft der Staat, und die Unternehmen stellen neue Leute ein.

OWS: Aber die Großunternehmen zahlen auch jetzt schon niedrige Steuern – aber Arbeitsplätze schaffen sie trotzdem nicht.

TP: Ja, weil das ganze Steuersystem verrottet ist. Je weniger, desto besser- Reagan hat die Steuern gesenkt und in sieben Jahren 20 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen.

OWS: Alter, nach seiner Steuersenkung hat Reagan die Steuern elfmal erhöht. Trotzdem gab es mehr Jobs. Genauso war es bei Clinton: 23 Millionen neue Arbeitsplätze. Reagan steigerte auch die staatlichen Verteidigungsausgaben. Erst im vergangenen Sommer wieder haben die Republikaner die Militärausgaben um 17 Milliarden erhöht. Wollen die im Ernst weniger Staat?

TP: Das ist ja gerade der Punkt, Junge. In Washington kannst du überhaupt niemandem trauen.

OWS: Nein, der Punkt ist, dass das mittlere Familieneinkommen in den vergangenen 30 Jahren kaum gestiegen ist.

TP: Die Arbeitgeber können sich Belastungen wie Obamas Krankenversicherung einfach nicht mehr leisten, mein Bester. Wenn sie das alles bezahlen sollen, stellen sie eben niemanden mehr ein.

OWS: Oh Mann, selbst ohne große Regulierung stellen die Unternehmen doch niemanden ein. Und die Banken verleihen kein Geld mehr.

TP: Das meine ich ja gerade. Die Bankenrettung war ein Schlamassel. Natürlich müssen wir uns um die Armen kümmern. Ich leite an vier Abenden pro Woche eine Praxis, die Kranke kostenlos behandelt. Wenn alle so etwas täten, bräuchten wir Obamas staatliche Krankenkasse nicht. Dies ist unser Land. Wir sind das Volk.

OWS: Schön und gut. Aber was machen wir, bis es so weit ist? Uns geht es jetzt dreckig. Und wir sind auch das Volk.

Aus dem Englischen von Tobias Dürr

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2011/52/P-Occupy>